

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

44. Sitzung
27. Januar 2025

Beginn: 09.33 Uhr
Schluss: 12.17 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychcy (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Martin Trefzer (AfD) fragt für seine Fraktion:

„Nachdem Ferat Koçak am 21. Januar im Rahmen einer Veranstaltung von ‚Studis gegen Rechts‘ (TU Berlin, Straße des 17. Juni, H1012, 18-20 Uhr) trotz wiederholter Hinweise der AfD-Fraktion erneut auf Uni-Räumlichkeiten zurückgegriffen hat, um eine Aktionswoche für seinen Bundestags-Direktwahlkampf in Neukölln zu organisieren, fragen wir den Senat: Wie sollen die Kandidaten der anderen Parteien für diesen ungerechtfertigten Vorteil von Herrn Kocak kompensiert werden?“

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) betont, dass laut BerlHG Studierende im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch politische Aktionen und Debatten an Hochschulen durchführen dürfen. Es gebe auch Veranstaltungen mit Abgeordneten anderer Parteien. In diesem Fall gebe es aber eine rechtliche Unschärfe, ob es eine Diskussionsveranstaltung oder eine Wahlkampfhilfe gewesen sei. Hier greife aber die Hochschulautonomie.

Martin Trefzer (AfD) besteht darauf, dass parteipolitische Aktionen an Hochschulen nicht legitim seien. Die FU Berlin beispielsweise lasse keine parteipolitische Werbung in Veranstaltungen zu. Es gebe eine Neutralitätspflicht der Hochschulen.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) wiederholt, dass Hochschulen auch einen demokratischen Auftrag hätten. Wahlkampfveranstaltungen in Hochschulräumlichkeiten seien davon aber nicht gedeckt. Im Rahmen der Hochschulautonomie seien die Hochschulen aber für die Kontrolle der Raumvergabe und -nutzung zuständig. Eine vollständige Überwachung von Veranstaltungen sei aber nicht möglich.

Tobias Schulze (LINKE) fragt für seine Fraktion:

„In der aktuellen Investitionsplanung 2024 – 2028 ist der Ersatzneubau für das Pharmazeutische Centrum (Charité), dessen Baustart 2026 erfolgen sollte, nicht mehr aufgeführt. Wird die Finanzierung anderweitig sichergestellt oder aus welchen Gründen wurde der Ersatzneubau gestrichen?“

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, dass das Pharmazeutische Zentrum für die Funktionsfähigkeit der Charité absolut notwendig sei. Es habe gesetzliche Änderungen bei den Vorhaltemengen für Arzneien gegeben, was Baumaßnahme notwendig mache. Die erste Planung zeige aktuell zu erwartende Kosten von 40 Mio. Euro. Die Finanzierung sei aufgrund der Schuldenbremse schwierig, daher würden alternative Finanzierungen geprüft, beispielsweise ein Vermieter-Mieter-Modell. Andere Universitätskliniken könnten Kredite aufnehmen.

Tobias Schulze (LINKE) fragt, ob es bereits konkrete Interessenten als Vermieter gebe. Sei der Baustart 2026 realistisch? Sei es ein ÖPP- oder ein ÖÖP-Modell?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, dass ein ÖÖP-Modell angestrebt werde.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) berichtet, dass derzeit die Exzellenzclusterbegehungen stattfinden.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) führt aus, dass sich die Senatorin und er die zehn Begehungen aufgeteilt hätten. Berlin habe eine große Brandbreite an exzellenter Forschung, und dass daran nicht gekürzt worden sei, sei die richtige Entscheidung gewesen. Durch die Exzellenzcluster habe Berlin eine starke, international bekannte Forschungslandschaft, was mehr gewürdigt werden müsse.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) ergänzt, dass die Senatsverwaltung die Bedeutung und Relevanz der Forschung für das alltägliche Leben in der Stadt weiter bekannt machen

wolle. Beispiele seien die Clusteranträge zur Multimorbidität und zur Verkehrsforschung. Darüber hinaus gebe es auch eine wirtschaftliche Stärkung durch die Drittmittel.

Tobias Schulze (LINKE) fragt nach, ob bei den Begehungen auch die Finanzierungsprobleme seitens des Landes und deren Auswirkungen auf Cluster abgefragt werde.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erläutert, dass das angesprochen werde. Die SenWGP verweise auf die im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportionalen Investitionssummen des Landes Berlin in Wissenschaft und Forschung und die große Dichte außeruniversitärer Institute in Berlin.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) ergänzt, dass der Dekan der Charité bei einer Begehung proaktiv angesprochen habe, dass bei der BUA und den Exzellenzclustern nicht gekürzt werde. Das sei ein klares Bekenntnis zur Forschung. Die Finanzierungssicherheit sei durch die Senatsverwaltung überzeugend dargelegt worden.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aufwand und Nutzen des
Tierschutzverbandsklagegesetzes – Auswirkungen
auf Genehmigungsverfahren von Forschung in
Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

0145
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Von Herausforderungen und Chancen: 3R-
Forschung in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der SPD)

0113
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 14.10.2024

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2054
**Zweites Gesetz zur Fortschreibung des Berliner
Hochschulrechts**

0144
WissForsch(f)
Sport

Dr. Maja Lasić (SPD) erläutert, dass sich die Novelle des WissZeitVG auf Bundesebene verzögere, daher seien die Übergangsfristen im §110 BerlHG nicht mehr ausreichend. Der Änderungsantrag sehe eine Verlängerung bis Ende 2025 vor.

Tobias Schulze (LINKE) wirft vor, dass die Übergangsfrist deswegen verlängert werde, um unter dem Einspardruck des Haushalts die Möglichkeit zu haben, befristete wissenschaftliche Stellen an den Hochschulen zu kürzen. Das Argument der fehlenden WissZeitVG-Novelle überzeuge nicht. Die rechtliche Situation und damit die Bewertung der Zulässigkeit der vorgesehenen Entfristungsregelung habe sich seit Verabschiedung des Gesetzes nicht geändert. Das schade dem Wissenschaftsstandort Berlin. Unbefristete Stellen seien nicht teurer als befristete Stellen, da Verwaltungsaufwand entfiel, und Berlin falle im Wettbewerb um Wissenschaftler/-innen zurück. Die bestehenden Stellenkategorien seien ausreichend.

Laura Neugebauer (GRÜNE) wendet ein, dass eine Verlängerung nur aufgrund der Verzögerung und unklarer Kommunikation durch den Senat notwendig geworden sei. Auch der Änderungsantrag zeige die Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Koalition und Regierung. Die Koalition sei nicht verlässlich.

Dr. Maja Lasić (SPD) weist hin, dass die Verlängerung ein Wunsch der Hochschulleitungen in der Anhörung gewesen sei. – Sei die Verlängerung nach Einschätzung des Senats ausreichend, um die eine BerlHG-Novelle mit neuen und rechtssicheren Stellenkategorien zu erarbeiten? Rechtssichere Formulierungen seien notwendig.

Laura Neugebauer (GRÜNE) stellt klar, dass ihr Vorwurf an den Senat gerichtet war, der durch eine unklare Kommunikation die Erarbeitung von Lösungen erschwert habe. Dass Hochschulen deswegen eine Verlängerung bräuchten, sei verständlich.

Tobias Schulze (LINKE) merkt an, dass die Koalition dem Koalitionsvertrag widerspreche, dass Befristungen nur noch für Qualifikationsstellen möglich sein sollten. Dem werde nun eine Absage erteilt. – Der Wunsch nach Entfristungsmodellen stamme aus dem Mittelbau und sei von den Hochschulleitungen abgelehnt worden. – Bezuglich der Rechtssicherheit gebe es unterschiedliche Gutachten. Um bessere Arbeitsbedingungen und damit Wettbewerbsvorteile zu gewinnen, brauche es Mut. Das fehle der Koalition und werde Berlin schaden.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) wendet ein, dass eine Entfristungsregelung weiterhin angestrebt werde. Eine Änderung ohne Einbeziehung einer WissZeitVG-Novelle und der Debatten auf Bundes- und Länderebene zu neuen unbefristeten Karrierewegen wäre aber wenig sinnvoll gewesen. Ebenso sei eine rechtssichere Formulierung notwendig. Neue Stellenkategorien seien nötig, weil die derzeit im BerlHG aufgeführten veraltet seien. 2025 werde es ein Ergebnis geben.

Tobias Schulze (LINKE) fragt nach, ob der Senat eine Gesetzesvorlage, die Forderungen des Koalitionsvertrags aufgreife, dass es Befristungen nur für Qualifikationsstellen geben werde, vorlegen werde.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, dass das gemacht werde. Es müsse aber noch geklärt werden, was Qualifikationen und Qualifikationsziele seien.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag anzunehmen und dem Plenum die Annahme der so geänderten Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2054 zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.